

Dringliche Anfrage

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 20.02.2006

Sanders Irrweg in der Abfallpolitik

Umweltminister Sander hat einen „Müllnotstand“ in Niedersachsen ausgemacht, der es seiner Ansicht nach notwendig macht, das Abfallrecht zu ändern und für eine Übergangszeit von drei Jahren die Deponierung von unbehandeltem Abfall zuzulassen.

In der Presse ist zum einen der Eindruck entstanden, dass dieser so genannte Müllnotstand darauf zurückzuführen ist, dass die zehn mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBAs) in Niedersachsen nicht funktionieren und deshalb inzwischen zehn Zwischenlager eingerichtet werden mussten. Zum anderen wird den Müll-Verantwortlichen in den Kommunen unterstellt, sie hätten „offenbar den seit fünf Jahren bekannten Termin mehr oder weniger bewusst verschlafen“ (*Weser-Kurier*, 17. Februar 2006).

Abfallexperten weisen im Gegensatz zum niedersächsischen Umweltminister darauf hin, dass Engpässe dadurch entstanden sind, dass über Jahre Gewerbemüll nicht mehr durch die kommunalen Abfallbetriebe, sondern durch Private entsorgt wurde. Die Verwertung durch diese bestand jedoch überwiegend in einer billigen Deponierung. Während kommunale Anlagen nicht ausgelastet waren, was teilweise zu höheren Gebühren für die Bürger geführt hat, ist Gewerbemüll zu Billigpreisen von einigen Großdeponien angezogen worden. Seit Juni 2005 ist dieser Weg versperrt, und die Abfälle wurden wieder bei den kommunalen Betrieben abgeliefert. Die so entstandenen Engpässe sind eindeutig nicht den Kommunen anzulasten, sondern einer gescheiterten Teilprivatisierung des Abfallsektors. In dieser Situation von „Müllnotstand“ zu sprechen, ist jedoch eine völlige Verkennung der Wirklichkeit.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche besondere Abfallentsorgungssituation liegt in Niedersachsen vor, die im Gegensatz zu anderen Ländern die Ausrufung eines „Müllnotstandes“ durch den Umweltminister erforderlich macht?
2. Was hat die Landesregierung in den letzten Jahren unternommen, um die Kommunen dabei zu unterstützen, einen „Müllnotstand“, wie er nach Ansicht des Umweltministers jetzt vorliegt, zu vermeiden?
3. Welches eigene abfallpolitische Konzept verfolgt die Landesregierung außer der vom Umweltminister angekündigten Bundesratsinitiative?

Stefan Wenzel

Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 20.02.2006)